(Abg. Kowalleck)

tel für die Unterstützung der Familien ausgereicht werden.

Meine Damen und Herren, die Studie der Bertelsmann Stiftung hat erneut bewiesen, dass unser Freistaat den Spitzenplatz in Deutschland einnimmt. Dies sollte zum heutigen Zeitpunkt auch von jedem hier in dem Hohen Hause verstanden werden und auch die Ausführungen von Frau Jung haben gezeigt, dass grundsätzlich hier auch Einigung besteht. Es ist ja auch klar, wir haben dieses Gesetz gemeinsam auf den Weg gebracht und wir werden es auch zukünftig gemeinsam begleiten und sollten auch in diesem Sinne diese Errungenschaften, die wir hier auf den Weg gebracht haben, nicht kleinreden. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, SPD)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Abgeordnete Rothe-Beinlich.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, zunächst ein herzliches Dankeschön für die Berichterstattung seitens der Landesregierung zu vielen der Fragen, die wir hier gestellt haben. Ich möchte trotzdem auf ein paar Punkte noch einmal eingehen. Meine Kleine Anfrage hatte Frau Jung hier ja schon vorgetragen, aus der interessante Zahlen hervorgegangen sind mit Blick auf die Höhe der Elternbeiträge, wie sie vonseiten des Ministeriums offenkundig wahrgenommen werden. Wir wissen, dass die Realität oftmals eine andere Sprache spricht. Deswegen würde ich mir wünschen, dass Sie vielleicht zu dem letzten Punkt, den ich auch in unserem Berichtersuchen angesprochen habe, noch einmal etwas sagen. Wir sind der Überzeugung, dass, wenn wir tatsächlich frühkindliche Bildung als erste Säule im Bildungssystem begreifen, die Landesregierung ein Interesse daran haben sollte, zu wissen, wie die tatsächlichen Kosten im Lande aussehen, und diese auch statistisch zu erfassen und sich dazu eine Meinung zu bilden. Herr Kowalleck, ich gebe Ihnen völlig recht, es wäre relativ einfach, jetzt zu rufen, wir wollen die Beitragsfreiheit auch in den Kindertagesstätten, weil wir die finanzielle Situation des Landes kennen. Aber wenn wir ehrlich sind und wenn wir es ernst damit meinen, nicht nur die Zuständigkeit, wofür wir ja auch lange gestritten haben, für die Kindertagesstätten in das Bildungsministerium zu verlegen, dann müssen wir uns irgendwann durchaus ernsthaft die Frage stellen, warum für frühkindliche Bildung die Eltern einen Beitrag bezahlen müssen und auf der anderen Seite aber an

Universitäten beispielsweise, wie wir uns alle einig sind,

(Beifall DIE LINKE, FDP)

es keine Studiengebühr geben soll. Ich möchte nicht das eine gegen das andere ausspielen - überhaupt nicht -, aber wenn wir auf der anderen Seite wissen, und die Erziehungswissenschaft und die Forschung geben uns recht, dass in der frühkindlichen Bildung die entscheidenden Grundlagen gelegt werden, dass sich jeder Euro - das ist zwar immer ein bisschen schwierig zu berechnen -, den wir in frühkindliche Bildung investieren, sich mindestens vierfach rechnet, was Folgekosten anbelangt, weil die Kinder dort unheimlich viel mitbekommen, weil sie in den ersten Lebensjahren das meiste lernen, da müssen wir langfristig darüber nachdenken, wie wir unser Bildungssystem so gerecht gestalten, dass jedes Kind, egal aus welchem Elternhaus es kommt, von Anfang an gleiche Chancen hat. Es wäre relativ einfach, hier zu fordern, wir wollen jetzt Beitragsfreiheit - das werde ich auch nicht tun -, aber perspektivisch müssen wir uns das überlegen, wenn wir die Kindertagesstätten, was wir auch wollen, selbstverständlich als vollständigen Teil oder als gleichberechtigte Säule im Bildungssystem etablieren wollen. An dieser Stelle sage ich auch, es darf keine Abstriche beim Fachkräftegebot geben; das haben Sie, Herr Staatssekretär, ja auch herausgestellt. Dass darauf Augenmerk gelegt wird, das finden wir auch ganz, ganz wichtig. Ich freue mich, dass offenkundig alle im Hause mittlerweile zu Unterstützerinnen und Unterstützern des Volksbegehrens für eine bessere Familienpolitik geworden sind,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn ohne dieses - machen wir uns nichts vor - würde es das Kindertagesstättengesetz in der jetzigen Form nicht geben. Aber Ihr Dankeschön, Herr Merten, an die Initiatoren des Volksbegehrens habe ich durchaus ernst genommen und so verstanden, dass es eine hohe Anerkennung für das Elternengagement an dieser Stelle gibt. Mir ist es aber zu einfach, lieber Herr Kowalleck, sich in Selbstzufriedenheit zu wägen und zu sagen: Wir sind spitze, wir sind spitze, Top-Thüringen! Das hatten wir irgendwann schon einmal. Das bringt uns auch nicht weiter, das muss ich auch ganz deutlich sagen.

(Zwischenruf Abg. Dr. Zeh, CDU: Das stimmt doch.)

(Unruhe CDU)

Nein, so einfach ist es eben nicht. Das war auch mein Einwurf, den ich bei der Rede von Herrn Merten gemacht habe. Wir sind spitze, was quantitative Zahlen angeht. Das erkennen auch alle von uns an. Ich sage auch, dass das Kindertagesstättengesetz ein Quantensprung gewesen ist. Wir haben ihm ja auch zugestimmt. Wir haben übrigens auch

(Abg. Rothe-Beinlich)

viele Tausend Unterschriften gesammelt, wie viele andere auch. Nichtsdestotrotz ist die Qualität entscheidend. Wir müssen doch anerkennen, dass es noch viele Mängel gibt z.B. im Bereich der Fachberatung, das hat meine Kollegin Margit Jung schon angesprochen. Sprechen Sie mal mit den Trägern der Kindertagesstätten, wie schwer es im Moment tatsächlich umsetzbar ist, wie viel bzw. wie wenig Fachberatung in der Tat stattfindet in den Einrichtungen. Oder wenn wir die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Eltern nehmen - da wurde ja vorhin gesagt, starke Kinder brauchen starke Eltern und die Mitbestimmungsrechte wurden gestärkt -, sie wurden aber nicht ausgestattet. Es gibt eben nicht vergleichbar wie bei den Schulen beispielsweise einen Etat, der den Eltern ein Mitbestimmungsrecht auch ein Stück weit unterfüttert. Denn ehrenamtliches Engagement braucht auch bestimmte Rahmenbedingungen, braucht auch bestimmte Unterstützung. Ich glaube, da können wir noch besser werden und da ist es mir zu einfach, nur zu sagen, wir sind spitze, wir sind spitze, wir sind spitze!

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch einen weiteren Punkt ansprechen. Es wurde vorhin gesagt, das Kita-Gesetz ist ausfinanziert und es wurde auch vorgerechnet, mit welchen Summen. Ich bin sehr froh, und das habe ich auch immer wieder gesagt, dass wir gesehen haben, dass sich offenkundig die Fachlichkeit gegenüber den Sparzwängen durchgesetzt hat. Ich hoffe, das bleibt auch tatsächlich so, denn uns ist ja der Haushaltsentwurf noch nicht zugegangen. Da möchten wir Ihnen auch nachhaltig den Rücken stärken, Herr Staatssekretär. Das ist überhaupt gar keine Frage, denn wir wissen alle, jeden Euro, den wir nicht in die frühkindliche Bildung investieren, der schlägt auf uns zurück, und zwar mit Folgekosten, über die wir jetzt hier nicht länger reden müssen. Aber wir wissen, wie viele Kinder keinen Schulabschluss haben, wie viele Jugendliche, wie viele Kinder ganz andere Schwierigkeiten mit sich bringen, wenn sie eben nicht von Anfang an die entsprechende Förderung erhalten. Insofern möchte ich durchaus meine Bedenken noch einmal äußern, nämlich mit Blick auf die Finanzausstattung der Kommunen. Wenn wir sehen, dass die Finanzausstattung der Kommunen zurückgehen soll, und Sie sagen, die bekommen ja genügend Geld für die Kindertagesstätten, dann bleibt bei mir doch eine Restsorge, nämlich ob das Geld, was für die frühkindliche Bildung vorgesehen ist, auch tatsächlich da ankommt. Da, meine ich, sollten wir tatsächlich den besten Weg finden, zu garantieren, dass das Geld genau dort ankommt, wofür es gedacht ist. Wenn wir uns da auch gemeinsam auf den Weg machen können, dann wissen Sie uns an Ihrer Seite. Aber, wie gesagt, solange das nicht garantiert ist, glaube ich, dass es uns gut zu Gesicht steht,

sich nicht in Selbstzufriedenheit zu wägen, sondern immer wieder zu schauen, wie wir noch besser werden können. Denn auch wenn eine „Spitze“ stehen bleibt, dann bleibt sie keine Spitze, sondern sie wird gegebenenfalls überholt. Ich wünsche mir ja, dass viele Länder aufholen. Aber ich glaube, dass wir in Thüringen noch wesentlich bessere Bedingungen schaffen können. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Für die FDP-Fraktion hat sich Frau Franka Hitzing gemeldet.

Abgeordnete Hitzing, FDP:

Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren, wir wollen das Kindertagesstättengesetz und das, was im letzten Jahr erreicht wurde, wahrlich nicht kleinreden, aber wir müssen darüber reden. Nach einem Jahr ist es auch geboten, darüber zu reden. Wir haben bereits gehört, der Ländermonitor der Bertelsmann Stiftung hat Thüringen wieder einen 1. Platz attestiert und außerdem auch gesagt, dass natürlich die ostdeutschen Länder nach wie vor besser sind in dem Betreuungsschlüssel, was Kindergarten- und Kita-Tagesstättenplätze betrifft, als die alten Länder. Die Betreueranzahl und der Betreuungsschlüssel wurden erhöht. Da könnte man tatsächlich davon ausgehen: Alles ist schön! Aber wir müssen doch darüber reden und da bin ich den Damen und Herren der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch dankbar, dass sie das für das Plenum ganz einfach noch einmal zur Diskussion gestellt haben.

Auch die FDP-Fraktion hat im letzten Jahr gern diesem Gesetzentwurf zugestimmt, weil es hier eindeutig darum ging, eine Verbesserung zu schaffen, wenn es um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht. Die Landesregierung hat im gleichen Atemzug auch zugesichert, dass es keine Mehrkosten geben wird und keine Beiträge erhöht werden müssen und es dafür auch überhaupt keinen Grund gibt. Ich darf zitieren, Frau Präsidentin. Am 29.04.2010 sagte Herr Minister Matschie: „Die neue Regelung bildet keinerlei Grund für die Erhöhung der Elternbeiträge.“ Auch in der Antwort auf die Kleine Anfrage von Frau Rothe-Beinlich, die heute nun schon zweimal erwähnt wurde, ich erwähne sie jetzt auch noch mal, in der Drucksache 5/2573 wurde genau das noch einmal bestätigt. Nun müssen wir uns aber trotzdem die Frage stellen: Wenn das alles so ist, warum gab es denn dann im letzten Jahr im Spätherbst in Jena einen Protestmarsch, einen Lampionumzug von Eltern? 700 Eltern haben einen Protestmarsch durchgeführt, der Grund war eine Erhöhung der Kindertagesstättegebühren. Warum haben am 12.04.2011 die Stadträte von